

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Elisabeth Götze, Freundinnen und Freunde

betreffend Öffifahren darf kein Luxus werden – Öffi-Preisbremse jetzt!

BEGRÜNDUNG

Öffifahren darf kein Luxus werden. Die Öffentlichen Verkehrsmittel sind täglich für hunderttausende Menschen unverzichtbar – um zur Arbeit, zum Ausbildungsort, zum Arzt, zum Einkaufen oder nach Hause zu kommen. Da ist es äußerst problematisch, dass die Ticketpreise ständig massiv steigen. Wer auf Bus, Bahn und Bim angewiesen ist, darf nicht jedes Jahr tiefer in die Tasche greifen müssen. Deshalb braucht es gerechte Preise durch eine Öffi-Preisbremse für leistbare Mobilität.

Während aber die Spritpreisbremse laufend erneuert wird und dafür sogar Sondersitzungen im Parlament einberufen werden, ist von einer Öffi-Preisbremse weit und breit nichts zu sehen. Dies stößt mittlerweile auch in Leitartikeln auf Unverständnis.¹ Weder werden Preise gedeckelt, noch Indexierungen ausgesetzt, noch Steuern gesenkt oder sonstige Schritte für Alltags-Nutzer:innen gesetzt.

Im Gegenteil werden den Öffi-Fahrgästen seit Antritt der aktuellen Bundesregierung laufend deutliche Preiserhöhungen zugemutet. Statt einer Öffi-Preisbremse gibt es einen Öffi-Preisturbo:

- Die ÖBB wollen trotz der gerade in der Ostregion oder entlang der Südbahnstrecke großen Probleme mit Verlässlichkeit und Pünktlichkeit die Tarife mit Fahrplanwechsel im Dezember 2026 wieder um mindestens 3,5 % anheben.
- Auf die hunderttausenden Inhaber:innen eines KlimaTicket-Österreich – um das Österreich europaweit beneidet wird – wartet nach den starken Preissteigerungen per 1.8.2025 und 1.1.2026 um bis zu 40% je nach Kategorie zum nächsten Jahreswechsel die nächste deutliche Preiserhöhung. Diese „Anpassung“ hat SPÖ-Bundesminister Peter Hanke bereits medial bestätigt.

Dazu kommen gleichgerichtete Schritte in den Ländern. Zuletzt wurden etwa in Vorarlberg per Juni 2026 fast 50% der Fahrten deutlich verteuert. In der Steiermark im Juli sowie in der Ostregion bereits im Juli und September 2026 wurden Regionaltarife und Regionale Klimatickets verteuert. Weitere Bundesländer bereiten Preissprünge zum 1.1.2027 vor.

Wien sticht besonders negativ hervor: Die Jahreskarte in Wien, die auf Grünen Druck hin viele Jahre lang mit 365 Euro breit leistbar blieb, wurde erst zu Jahresbeginn

¹ Siehe zB <https://kurier.at/meinung/leitartikel/peter-hanke-oeffis-teuerung-autofahrer-spoee/403197512>

2026 um fast ein Drittel teurer. Nun soll sie mit Jahresbeginn 2027 wieder verteuert werden und damit bereits in die Nähe von 500 Euro kommen.

Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, also diejenigen Gruppen die besonders von Mobilitätsarmut betroffen bzw. gefährdet sind, sowie Studierende zahlen zudem besonders drauf:

- In einem Zeitraum, in dem die Pensionen um nur 2,7 % gestiegen sind, ist der Öffentliche Verkehr Wiens für Senior:innen massiv teurer geworden:
Für die Zielgruppe passende Ticketkategorien wurden einfach gestrichen, Einzelfahrkarten kosten dadurch nun mehr als doppelt so viel.
Der Preis dafür, in der „Metropolregion“, also der Ostregion, unterwegs zu sein, ist für Senior:innen fast achtmal so stark gestiegen wie die Pensionen!
Gerade für Senior:innen ist der öffentliche Verkehr jedoch häufig eine zentrale Voraussetzung für selbständige Mobilität, etwa für Arztbesuche, Einkäufe, soziale Kontakte, Ausflüge und generell für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
- Familien werden ebenfalls stark belastet: Der Selbstbehalt für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt wurde für das Schuljahr 2026/27 durch den Bund um 50 % auf 29,60 EUR erhöht. Zusätzlich wird damit auch der Preis der Top-Jugendtickets erhöht, im VOR etwa um fast 15 % auf 101 EUR. Seit 2023 sind es bei den Top-Jugendtickets +27 % Vertéuerung. Eltern, die mit ihren Kindern außerhalb der Schulzeit öffi-mobil sein wollen, müssen pro Kind 101 Euro dafür bezahlen.
- Für Studierende wurde ab Februar 2026 das günstige Semesterticket durch eine teurere Jahreskarte ersetzt.

Die Regierung vertritt hier eine unsachliche Linie:

- Zugunsten der Nutzer:innen von Fossil-Kfz hat die Bundesregierung bereits wiederholt tief in die Tasche gegriffen und mehrfach „Spritpreisbremsen“ auf die Beine gestellt.
- Wer hingegen unsere Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen umwelt- und klimaschonend mit einem E-Kfz reduziert, kommt nicht in den Genuss derartiger Unterstützung. Im Gegenteil hat die Regierungskoalition hier staatliche Förderungen zurückgefahren und steuerliche Maßnahmen gesetzt, die E-Kfz und ihre Nutzer:innen im Vergleich zu „fossil“ sogar schlechter stellen.
- Die Fahrgäste der Öffis, sehr oft Pendler:innen, die keine realistische Alternative zu Bus und Bahn haben, werden von der Regierung überhaupt mit stark steigenden Preisen alleingelassen.

Andere Staaten sind hier schon weiter, so wurde in der Slowakei eine Halbierung der Bahn-Fahrpreise in der 2. Klasse für den Monat Oktober umgesetzt, Nah- und Regionalverkehr sollen folgen.

Der Öffentliche Verkehr ist Standort- und Lebensqualitätsfaktor. Leistbare Öffis sind ein elementarer Bestandteil der Verkehrswende und damit der Erreichung der Klima- und Umweltziele. Wer Öffis fährt, schützt das Klima und entlastet uns alle. Dafür darf man nicht auch noch mit höheren Preisen bestraft werden.

Wenn wir uns für zig Millionen Euro im Monat Spritpreisbremsen leisten, dann muss umso mehr auch eine Öffi-Preisbremse endlich Thema werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

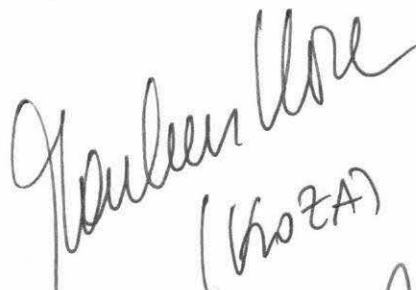
„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, wird aufgefordert, die Fahrgäste der Öffentlichen Verkehrsmittel nicht länger mit der laufenden Verteuerung der Öffipreise alleinzulassen, sondern in Anlehnung an die wiederholten Spritpreisbremsen umgehend eine spürbare Öffi-Preisbremse umzusetzen.“

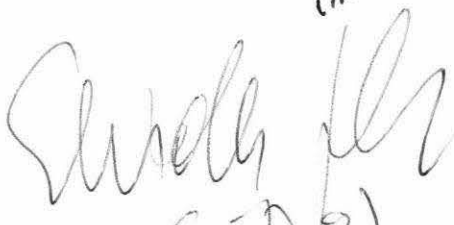
In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Verkehr und Mobilität vorgeschlagen.


(Schachl)


(Nöcker)


(Prammler)


(Gauden)


(Götz)


(Dösch)

	Unterzeichner	Parlamentdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-14T19:50:14+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	